

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Christa Steiger, Diana Stachowitz, Angelika Weikert, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar**, Inge Aures, Susann Biedefeld, Annette Karl, Natascha Kohnen, Christa Naaß, Maria Noichl, Karin Pranghofer, Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Isabell Zacharias **SPD**

Hilfsangebote für Schwangere in Not ausbauen, Babyklappen erhalten und anonyme Geburt weiter ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

- in Bayern ausreichend und flächendeckend ggf. anonyme Beratungs-, Hilfs- und Notrufangebote für schwangere Frauen zur Verfügung stehen. Nur so kann hilfeschuchenden Schwangeren effektiv, niederschwellig und nachhaltig geholfen werden, persönliche Lösungswege für sich und ihr Kind zu finden. Insbesondere müssen auch flächendeckend Begleitungs- und Hilfsangebote für Schwangere vorhanden sein, um in medizinisch kontrollierter Umgebung ihr Kind ggf. ohne Angabe von Daten zu gebären.
- Babyklappen und anonyme Geburt in Bayern für Schwangere in Notlagen weiterhin bestehen bleiben und die dafür notwendigen eindeutigen rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die derzeitige Rechtsunsicherheit zu beseitigen.

Begründung:

Der Ethikrat hält Babyklappen für ethisch und rechtlich problematisch, da sie das Recht des Kindes auf seine Kenntnis über seine Herkunft verletzen. Das unabhängige Wissenschaftler-Gremium fordert zudem, die Möglichkeit zur anonymen Geburt zu verbieten und stattdessen nur noch eine vertrauliche Geburt zuzulassen. Dabei sollen die Daten der Mutter höchstens ein Jahr anonym bleiben und dann dem Standesamt mitgeteilt werden.

Seit 1999 wurden Babyklappen eingerichtet und besteht die Möglichkeit der anonymen Geburt. Schätzungen zufolge sind in diesen 10 Jahren bislang 300 bis 500 Findelkinder in Deutschland mit dauerhaft anonymen Herkunft aufgefunden worden. In Bayern gibt es derzeit 14 Babyklappen und 11 Kliniken, die anonyme Geburten ermöglichen.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich für den Ausbau von Hilfsangeboten für Schwangere in Notsituationen ein. Wichtig sind dabei umfassende, flächendeckende, ggf. anonyme Beratungs-, Begleitungs- und Notrufangebote für Schwangere in Not. Nur ein flächendeckendes Hilfsangebot, das Frauen niederschwellig hilft persönliche Lösungsansätze zu finden, kann Frauen unterstützen, in medizinisch-kontrollierter Umgebung ihr Kind zu gebären, und damit Frau und Kind schützen. Angebote müssen zu jeder Tages- und Nachtzeit erreichbar sein und hinreichend bekannt gemacht werden. Bekannt gemacht werden muss auch, dass ein Rechtsanspruch auf anonyme Beratung besteht. Gegebenenfalls muss eine Begleitung zur ärztlichen Versorgung gewährleistet sein. Hierbei muss auch die anonyme Geburt möglich sein. Darüber hinaus wird die Schließung der Babyklappen abgelehnt, denn, wenn auch nur ein einziges Kind durch dieses Angebot gerettet werden kann, müssen die Bedenken zurückgestellt werden und dieses Hilfsangebot als letzte Rettungsmöglichkeit für das Wohl des Kindes akzeptiert werden.